

An den Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld
Herrn Pit Clausen und
An das Rechtsamt der Stadt Bielefeld
Frau Schröter
Niederwall 23
33602 Bielefeld



Bürgeranregung gemäß § 24 GO NRW

„Die Stadt Bielefeld setzt sich für einen Atomwaffenverbotsvertrag ein“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
Sehr geehrte Frau Schröter
Sehr geehrte Damen und Herren im Bürgerausschuss,

Der Friedensnobelpreis ging 2017 mit der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) an eine Organisation, die sich seit gut einem Jahrzehnt für das Verbot von Atomwaffen einsetzt und dabei auf ihre katastrophalen humanitären Konsequenzen aufmerksam macht.

Die Stadt Bielefeld ist Teil des Bündnisses „Mayors for Peace“, ein Städtebündnis, das 1982 von dem Bürgermeister von Hiroshima Takeshi Araki ins Leben gerufen wurde und dem Bielefeld angehört, seitdem es sich in den 80iger Jahren zur atomwaffenfreien Stadt erklärt hat. Das Bündnis „Mayors for Peace“ ist Teil der internationalen Kampagne ICAN, die sich seit 2007 für ein Verbot von Atomwaffen einsetzt.

Die ICAN - Kampagne wurde 2007 als breites Bündnis internationaler Nichtregierungsorganisationen gegründet, eine der bekannten Gründungsorganisationen ist die Friedensnobelpreisträgerin IPPNW (Internationale Ärztevereinigung zur Verhütung des Atomkriegs). ICAN hat die katastrophalen humanitären Folgen eines Atomwaffeneinsatzes in den Mittelpunkt der sicherheitspolitischen Debatte gerückt und mit dem Atomwaffenverbotsvertrag, den Prozess zum UN - Vertrag für ein Atomwaffenverbot begleitet. Der Vertrag verbietet die Entwicklung und Produktion, den Test, Erwerb, die Lagerung und den Transport, die Stationierung und den Einsatz von Atomwaffen, sowie die Drohung mit ihnen.

Auf der UN-Generalversammlung im September 2017 unterzeichneten zunächst 53 Staaten, darunter Österreich, den Vertrag. Inzwischen gibt es 57 Unterzeichner-

Staaten. Leider hat die deutsche Bundesregierung den Vertrag trotz ihrer langjährigen abrüstungspolitischen Tradition bisher nicht unterzeichnet.

Die zahlreichen Unfälle mit Atomwaffen und aktuell der Konflikt auf der koreanischen Halbinsel zeigen, dass der Besitz von Atomwaffen und das Konzept der Abschreckung keine Sicherheit bringen – im Gegenteil: Massenvernichtungswaffen gefährden die ganze Welt und gehören daher verboten.

Zudem lagern in Büchel, Rheinland-Pfalz, immer noch ca. 20 US-Atombomben. Mit der Modernisierung dieser Waffen, die US-Präsident Trump in seiner neuen Nuklearwaffendoktrin bekräftigt hat, steckt Deutschland mitten in der nuklearen Aufrüstungsspirale. Die neue Bundesregierung muss jetzt den Abzug der Atomwaffen durchsetzen.

Die IPPNW-Gruppe Bielefeld regt daher an, folgende Forderungen dem Rat der Stadt Bielefeld vorzulegen und beschließen zu lassen:

1. Der Rat der Stadt Bielefeld begrüßt als Mitglied des Bündnisses „Mayors for Peace“ die Verleihung des Friedensnobelpreises an die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) für ihre Arbeit, Aufmerksamkeit auf die katastrophalen humanitären Konsequenzen von Atomwaffen zu lenken und für ihre bahnbrechenden Bemühungen, ein vertragliches Verbot solcher Waffen zu erreichen
2. Der Rat der Stadt Bielefeld beschließt, dass er die Ziele der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen teilt und das Ziel von ICAN zum Atomwaffenverbotsvertrag unterstützt. Dazu beschließt er ein einer Resolution, dass die deutsche Bundesregierung den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnen möge.
3. Der Rat der Stadt Bielefeld bittet zudem unseren Oberbürgermeister Pit Clausen, sich in seiner Funktion als Mitglied des Städtebündnisses „Mayors for peace“ auf Bundesebene für eine deutsche Unterzeichnung und Ratifizierung des UN -Vertrages über das Verbot von Atomwaffen einzusetzen.

Für die IPPNW-Gruppe Bielefeld:

~~_____~~

Bielefeld, 14.3.2018

~~_____~~

~~_____~~

~~_____~~